

DGAPanalyse

kompakt

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Mai 2010 N° 1

Zeit für Versöhnung

Was kommt nach den Wahlen in der
Tschechischen Republik?

von Jennifer Schevardo



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Zeit für Versöhnung

Was kommt nach den Wahlen in der Tschechischen Republik?

von Jennifer Schevarado

Am 28./29. Mai wird in der Tschechischen Republik ein neues Parlament gewählt. Damit soll die 14 Monate lange Phase, in der eine nichtpolitische Übergangsregierung das Land verwaltet hat, enden. Höchste Zeit, denn die Staatsverschuldung steigt rasch und es ist dringend gezieltes Gegensteuern erforderlich. Jedoch zeichnet sich in Umfragen ab, dass es nach der Wahl erneut keine klaren Mehrheitsverhältnisse geben wird. Außerdem ist die tschechische Gesellschaft nach einem bemerkenswert schmutzigen und aufgeheizten Wahlkampf gespaltener denn je. Die Parteiführer sollten nach den Wahlen ihre persönlichen Machtansprüche zurückstellen und eine Regierung bilden, die beide Lager, das linke und das rechte, vereint. Nur so kann eine parlamentarische Mehrheit gebildet werden, die in der Lage ist, politisch zu gestalten. Und nur so kann die aggressive Stimmung innerhalb der Gesellschaft beruhigt und im Land wieder eine Atmosphäre geschaffen werden, die konstruktive Politik ermöglicht.

Jeder gegen jeden

Politik spielt in der Tschechischen Republik schon seit einiger Zeit eine untergeordnete Rolle. Seit dem Sturz der Regierungskoalition im Frühjahr 2009 ist eine Beamtenregierung im Amt, in die die beiden großen Parteien, die konservativen Bürgerdemokraten (ODS) und die Sozialdemokraten (ČSSD), und die Grünen nach strengem Proporz ihre »Fachleute« entsandt haben. Diese sind als neutrale Ressortleiter tätig und arbeiten, angesichts der traditionellen Feindschaft zwischen ODS und ČSSD, überraschend konstruktiv zusammen. Die Übergangsregierung erfreut sich darum auch bei der Bevölkerung hoher Beliebtheit. Jedoch fehlt ihr das politische Mandat, um größere Projekte umzusetzen. Diese werden oft von den Fraktionen im Parlament behindert.¹ Die Stagnation soll nun enden; die Wahlen Ende Mai sollen die Rückkehr einer aktiven Politik im Land einleiten. Höchste Zeit, denn die Staatsverschuldung steigt rapide und Rating-Agenturen haben bereits eine mögliche Abwertung der Kreditwürdigkeit des Landes angedroht.² Ausgeblieben sind seit längerem auch Maßnahmen gegen Korruption sowie Reformen im Renten- und Gesundheitssystem.

Wahlkampf in der Tschechischen Republik war noch nie eine Angelegenheit für Zartbesaitete. Persönliche Angriffe und Verleumdungen der

Vertreter der Parteien untereinander sind normal, auch Eierhagel und Steinwürfe auf Spitzenkandidaten keine Seltenheit. Was den Wahlkampf 2010 jedoch besonders aggressiv macht: die Angriffe der Parteien richten sich diesmal auch gegen einzelne gesellschaftliche Gruppen. Diese werden als »typische Wähler« der jeweils gegnerischen Parteien etikettiert und dann beleidigt. So werden alle gegeneinander ausgespielt: links gegen rechts, jung gegen alt, reich gegen arm, Stadt gegen Dorf, gebildet gegen ungebildet, Sozialhilfeempfänger gegen Großverdiener ... Weite Teile der tschechischen Gesellschaft sind von dieser polarisierenden Atmosphäre erfasst und beteiligen sich über Internetforen, Leserbriefe und direkte Interventionen auf Wahlkampfveranstaltungen an ihrer Ausbreitung. Inhaltliche Fragen oder Parteiprogramme spielen hingegen kaum eine Rolle. In Bezug auf die zentralen Probleme Staatsverschuldung und Korruption haben die großen Parteien ohnehin keine überzeugenden Vorschläge.

Schuld an dieser aufgeheizten Stimmung sind die beiden Parteien ČSSD und ODS. Die ČSSD verhält sich unter ihrem Vorsitzenden Jiří Paroubek schon länger wie ein Elefant im politischen Porzellanladen: trotz großem Bekenntnis zur Europäischen Union haben die Sozialdemokraten im März 2009 keinerlei Rücksicht auf die laufende tschechische EU-Präsidentschaft genommen, als sich ihnen

die Gelegenheit bot, die bürgerliche Regierung zu stürzen. Vorgezogene Neuwahlen hat die ČSSD in letzter Minute verhindert, indem sie sich der zuvor zwischen den Fraktionen ausgehandelten Selbstauflösung des Parlaments verweigerte. Im jetzigen Wahlkampf, den die Sozialdemokraten unter dem eingängigen Motto »Ein besseres Leben für die einfachen Leute« führen, beschränken sie sich darauf, einzelnen gesellschaftlichen Gruppen mehr Geld zu versprechen, ohne zu sagen, wo dieses herkommen soll. Mit größtem Populismus hakeln sie auch gerne gegen Besserverdienende und versprechen pauschal »mehr Gerechtigkeit«. Bei vielen Geringverdienern kommt das gut an, doch bei denjenigen, die sich selbst nicht dazu rechnen, gilt Paroubek als schlimmer Demagoge. Seine regelmäßigen Ausfälle und Drohungen gegen die Mehrzahl der tschechischen Medien tragen zudem dazu bei, dass er mehr und mehr zur Hassfigur im Land wird.³

Die Bürgerdemokraten (ODS), die als größte Partei der letzten Regierung nicht sehr erfolgreich waren und seitdem erheblich an Rückhalt verloren haben, bauen ihre Wahlkampfstrategie darauf auf, sich als Hüter von Anstand und Vernunft zu präsentieren. Der oft ungehobelt auftretende ehemalige Premier Mirek Topolánek galt darum den eigenen Parteifreunden als ungeeignet und musste seine Posten als Wahlkampfleiter und Parteichef aufgeben.⁴ Ihn ersetzte der stets korrekte und sachliche Petr Nečas, der dem konservativen Flügel der Partei angehört und der vor allem als »sauber« gilt – d. h. bislang von Skandalen und Korruptionsgerüchten unberührt. Mit ihm geriert sich die ODS nun auch äußerlich glaubwürdiger als die Partei der Besserverdienenden und Bessergebildeten. Auf ihren Wahlplakaten sind Bier trinkende, tätowierte Raufbolde zu sehen und dazu: »Das Programm der ČSSD = Unterstützung für Gammler«. Ein großer Teil der tschechischen Bevölkerung und der Medien lassen sich von dieser Polarisierungsstrategie einfangen. Im Internet kursiert ein Video, in dem zwei bekannte Jungschauspieler aufrufen: »Überrede Omi, damit sie nicht links wählt.«⁵ Angehörige der jungen Prager Bildungselite erklären hier – sinngemäß – in mal flapsigem, mal lehrerhaften Ton: »Wer linke Positionen vertritt, ist alt, lebt auf dem Dorf und/oder ist einfach dumm.«

Neue Hoffnungsträger?

Die großen Parteien geben einander die Schuld an der aufgeladenen Stimmung im Land. Mehr und mehr Tschechen wenden sich jedoch angewidert von beiden ab und wünschen sich einen umfassenden Wechsel nicht nur der Politik, sondern vor allem der Politiker. In den letzten Monaten ist eine beachtliche Zahl neuer Parteien entstanden, von denen einige gute Chancen haben, nach den Wahlen ins Prager Parlament einzuziehen. So wünschenswert es ist, dass neue politische Kräfte im Land mitwirken: bei näherem Hinsehen verlieren die Anwärter erheblich an Anziehungskraft.

Die Fünfprozenthürde schaffen mit höchster Wahrscheinlichkeit zwei neuere Parteien, TOP 09 und VV – Věci veřejné (Öffentliche Angelegenheiten), die beide dem politisch konservativen, wirtschaftlich liberalen Lager zugeordnet werden können. TOP 09 ist der »Shooting-Star« unter den Neulingen. Der Name setzt sich aus den drei Anfangsbuchstaben der tschechischen Worte für Tradition, Verantwortung und Prosperität zusammen; die Zahl rekurriert auf das Gründungsjahr. Der starke Zulauf, den die Partei erlebt, beruht hauptsächlich auf der Popularität ihres Vorsitzenden, der ehemalige Außenminister Karel Schwarzenberg. Es ist kein Geheimnis, dass sich Schwarzenberg wenig für politische Kleinarbeit interessiert. Zudem verweist er selbst oft darauf, dass er mit 72 Jahren nicht gerade zum Nachwuchs zählt. Er ist zwar das Gesicht von TOP 09, nicht aber ihr Gehirn. Dies ist vielmehr Miroslav Kalousek, Finanzminister in der letzten gewählten Regierung, der im Laufe seiner politischen Karriere schon mehrfach in Korruptionsaffären verwickelt war. Seine Vertrauenswürdigkeit wird oft angezweifelt.

VV entstand bereits 2001, war bislang aber nur auf der kommunalen Ebene und bei Europa-Wahlen aktiv. Auch diese Partei lebt von der starken Figur ihres Vorsitzenden, des Journalisten Radek John. Dieser inszeniert sich bislang recht erfolgreich als aufrechter Kämpfer gegen das politische Establishment, Korruption und Vetternwirtschaft und wählt dabei eine direkte bis drastische Sprache. Damit konnte er zunächst viel Sympathie wecken und hohe Zustimmungswerte in Umfragen erzielen.

Mit Skepsis wurde jedoch schon bald die »graue Eminenz« der Partei, Vít Bárta, betrachtet. Bárta ist Teilhaber des größten privaten Sicherheits- und Detekteiunternehmens im Land. Es entstand das Gerücht, die Partei »gehöre« dem Unternehmen. Dazu passt, dass VV in Prag »Wachen« zur »sozialen Intervention« losgeschickt hat. Diese mit keinerlei rechtlichen Befugnissen ausgestatteten Personen in neonfarbenen Westen – überwiegend kräftige, kahlköpfige Männer – sollten Mitbürger auffordern, auf der Straße Ordnung zu halten und Obdachlose »beraten«, wie sie Arbeit finden können. Zeugen behaupten jedoch, sie hätten gesehen, wie diese »Wachen« Obdachlose verjagt hätten.⁶ Auf öffentlichen Druck hat VV die »Wachen« schließlich gestoppt. Doch diese willkürliche und an eine Heimwehr erinnernde Maßnahme hat viele Bürger verschreckt und die Frage aufgeworfen, ob VV tatsächlich die Partei der »sozialen Solidarität« ist, wie sie auf ihrer Webseite behauptet.⁷ Zudem werden über Radek John nach und nach berufliche und private Episoden bekannt, die erhebliche Zweifel an seiner Aufrichtigkeit wecken.

Bei einigen kleineren Parteien ist eine Woche vor der Wahl noch nicht sicher, ob sie ins Parlament einziehen werden. Chancen darauf hat möglicherweise noch die »Strana práv občanů – Zemanovic« (Partei der Bürgerrechte/Zeman-Partei) um den ehemaligen Premierminister Miloš Zeman. Sie engagiert sich für eine Änderung des Wahlrechts, hin zur Stärkung von Elementen direkter Demokratie. Sie ist insofern ein erwähnenswerter Akteur, da sie, außer der kommunistischen Partei, die einzige Gruppierung ist, die bislang eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten unter Paroubek nicht explizit ausgeschlossen hat.⁸

Nicht ins Parlament einziehen werden hingegen wohl die ehemaligen Regierungsparteien der Grünen (Strana zelených) und der Christdemokraten (KDU-ČSL).

Mögliche Szenarien des Wahlausgangs

Betrachtet man die demoskopischen Werte der Parteien eine Woche vor den Wahlen, so scheinen zwei

Szenarien wahrscheinlich: eine Regierung der Sozialdemokraten mit passiver oder aktiver Beteiligung der Kommunisten oder eine konservativ-liberale Koalition unter Führung der ODS mit ein oder zwei kleineren Parteien.

Den ersten Platz in den Umfragen diverser Institute nehmen seit geraumer Zeit die Sozialdemokraten ein.⁹ Ihre Mehrheit wird aber für eine Alleinregierung nicht reichen. Als Kooperationspartner steht der Partei, solange Paroubek sie führt, wohl nur die kommunistische Partei, die KSČM, zur Verfügung, die dritt- oder viertstärkste Partei werden wird.¹⁰ Mit einer solchen Zusammenarbeit auf nationaler Ebene würde die ČSSD einen veritablen Tabubruch begehen. Auf Facebook existiert bereits eine Gruppe: »Wenn ČSSD mit den Kommunisten regiert, machen wir die größte Demonstration seit der Samtenen [Revolution]«, die eine Woche vor der Wahl 12 500 Mitglieder hat.

In der Tat gibt es zurzeit wohl kein Thema, das in weiten Teilen der tschechischen Gesellschaft so starke negative Emotionen auslöst, wie eine – wie auch immer geartete – Beteiligung der Kommunisten an der Regierungsbildung. Jedoch sind sie für einen nahezu festen Prozentsatz der Bevölkerung seit fast 20 Jahren immer noch die erste Wahl.¹¹ Angesichts ihrer personellen, intellektuellen und strukturellen Schwäche, der Rückwärtsgewandtheit ihrer Ansichten und der Unfähigkeit zu konstruktiver Politik gäbe es wohl keinen geeigneteren Weg, die Partei zu entzaubern bzw. zu entdämonisieren, als sie in die politische Verantwortung zu nehmen. Eine Koalition mit der KSČM wäre aber nicht nur bei der Bevölkerungsmehrheit, sondern auch innerhalb der ČSSD schwer durchzusetzen. Mit dem ehemaligen Premierminister und EU-Kommissar Vladimír Špidla hat Paroubek einen Politiker ins Wahlkampfteam geholt, der bereits einmal in seiner Karriere – 2002 – die Tolerierung einer sozialdemokratischen Regierung durch die Kommunisten abgelehnt und dabei auch die eigene Macht zur Disposition gestellt hat. Es ist fraglich, ob Špidla diesmal dieser Option zustimmen würde. Für die meisten Tschechen wäre der Unterschied einer solchen Konstruktion gegenüber einer formalen Koalition ohnehin unwesentlich; die Reaktionen wären ähnlich heftig.

Entscheidender für die Frage, ob die Sozialdemokraten regieren werden, ist, ob die Gegenseite nicht eine eigene, mehrheitsfähige Koalition bilden kann. Laut Umfragen könnten ODS, TOP 09 und VV zusammen ähnlich viele Stimmen erlangen wie ČSSD und KSČM.¹² Inhaltlich gibt es zwischen den drei Parteien durchaus Schnittmengen. Indes: Zweifel an der personellen, inhaltlichen und finanziellen Substanz der beiden kleinen Parteien und damit auch der Tragfähigkeit einer solchen Koalition sind angebracht.

Beide hier erwähnten Szenarien werden ihre Anhänger und Gegner finden. Beide sind jedoch aus einem entscheidenden Grund für das Land schlecht: In beiden Fällen wäre die Mehrheit der Regierung im Parlament hauchdünn. Wie schon mehrfach in der Vergangenheit, hätte die Regierung also nur ein oder zwei der 200 Parlamentssitze mehr als die Opposition. Ein solches Fast-Patt hat in der Tschechischen Republik immer wieder dazu geführt, dass wichtige Entscheidungen blockiert und vertagt wurden, Korruption und Hinterzimmerhändler blühten – und die Bevölkerung das Interesse an einer Politik verlor, die sich als wenig handlungsfähig erwies.

An einem Strang ziehen

In den letzten Wochen warnen Wirtschaftsexperten zunehmend vor der rasant ansteigenden Staatsverschuldung der Tschechischen Republik, die entschiedenes Gegenlenken erfordert. Die neue Regierung muss darum nach der Wahl schnell gebildet werden, und es ist wichtig, dass sie hand-

lungsfähig ist. Das heißt: sie muss über eine sichere und breite parlamentarische Mehrheit verfügen. Zudem wird es darum gehen, die aufgeheizte Stimmung in der Gesellschaft zu beruhigen und eine erneute Annäherung der verfeindeten Lager zu erzielen. Die Vertreter der Parteien sollten sich darum miteinander versöhnen und entsprechende Signale an die Bevölkerung aussenden. Denn ohne den Zusammenhalt der politischen Elite, der sozialen Schichten und der Generationen können nicht die Einschnitte vorgenommen werden, die erforderlich sind, um das Land ökonomisch zu stabilisieren. Es sollte also eine Regierung gebildet werden, die die Unterstützung der beiden großen Parteien genießt. Es muss keine »Große Koalition« sein;¹³ auch ein Mehrparteienbündnis wäre denkbar. Das Wichtigste ist, dass die beiden großen Parteien an einem Strang ziehen. Ihre Feindschaft blockiert die Politik im Land schon zu lange. Dazu müssen sich die »Betonköpfe« aus den Führungsgremien zurückziehen und Platz machen für jüngere, kompromissbereitere und glaubhaftere Politiker. Es ist höchste Zeit für eine umfassende Erneuerung der etablierten Parteien von innen.

Eine solche, auf einer breiten Mehrheit beruhende Regierung wäre ein Novum in der politischen Landschaft der Tschechischen Republik und ließe auch neue Oppositionslinien entstehen. Es käme frischer Wind auf im Lande, und der brächte vielleicht auch der Bevölkerung den Glauben zurück, dass Politik auch Gestalten heißt.

Dr. Jennifer Schevarado ist Programmmitarbeiterin am Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Z. B. verhinderten die Sozialdemokraten im Dezember 2009 den Beschluss eines ersten Sparpakets. Siehe dazu den Artikel von Petr Holub auf dem Internet-Nachrichtenserver aktualne.centrum.cz vom 9.12.2009, <<http://aktualne.centrum.cz/domaci/politika/clanek.phtml?id=655379>> (abgerufen am 17.5.2010).
- 2 Jedenfalls wird in diesem Sinne ein Mitarbeiter der Rating-Agentur Moody's in einem Beitrag der Online-Ausgabe der Hospodárske noviny (Wirtschaftszeitung) vom 10.5.2010 zitiert: <<http://finweb.ihned.cz/c1-43382210-moody-s-nasleduje-konkurenci-recku-hrozi-vyraznym-sni-zenim-ratingu>> (abgerufen am 20.5.2010).
- 3 Nachdem die Nummer zwei der Sozialdemokraten, Bohuslav Sobotka, bei einer Wahlveranstaltung niedergeschlagen worden war, hat Paroubek einen Boykott gegen eine Reihe von Medien, die er der »rechten Hetze« beschuldigte, ausgerufen. Auf innerparteilichen Druck hin hat er diesen nach zehn Tagen teilweise wieder aufgehoben. Siehe dazu den Artikel in der Internet-Ausgabe der Lidové noviny (Volkszeitung) vom 16.5.2010: <http://www.lidovky.cz/paroubek-promluvil-bojkot-medii-ze-strany-cssd-castecne-padl-pt0-/ln-media.asp?c=A100516_214803_ln-media_tsh> (abgerufen am 16.5.2010).
- 4 Anlass dafür waren Mitte März 2010 flapsige Kommentare Topoláněks mit homophoben und antisemitischen

- Untertönen am Rande eines Interviews. Die Videoaufzeichnungen davon sind auf dem Nachrichtenserver aktualne.centrum.cz zu sehen, vgl. <http://aktualne.centrum.cz/domaci/politika/clanek.phtml?pid=663962> (abgerufen am 16.5.2010).
- 5 Noch zu sehen auf: <http://www.youtube.com/watch?v=MLfFhdcXJhA> (abgerufen am 20.5.2010).
 - 6 Eine Politikerin der (konkurrierenden) Christdemokraten/Volkspartei vergleicht die Wachen der VV auch mit der Privatarmee der rechtsextremen tschechischen »Arbeiterpartei«. Vgl. dazu den Beitrag auf dem Nachrichtenserver [idnes.cz: http://zpravy.idnes.cz/kandidatka-lidovcu-hlidky-veckaru-pripominaji-domobranu-delnicke-strany-112-/domaci.asp?c=A100504_120355_domaci_jw](http://zpravy.idnes.cz/kandidatka-lidovcu-hlidky-veckaru-pripominaji-domobranu-delnicke-strany-112-/domaci.asp?c=A100504_120355_domaci_jw) (abgerufen am 4.5.2010).
 - 7 Die Webseite von VV ist zu finden unter: <http://www.veciverejne.cz/>.
 - 8 Nach einem kurzzeitigen Hoch liegen ihre Umfragewerte eine Woche vor der Wahl wieder deutlich unter 5%.
 - 9 Mit 27–30%. Dieser und alle folgenden Umfragewerte vom 20.5.2010.
 - 10 Mit 11–14%.
 - 11 Die KSČM erzielt zumeist 10–15%, in einigen Regionen auch über 20% der Stimmen.
 - 12 Alle drei zusammen 42–44%.
 - 13 Mit Verweis auf die Zeit des »Oppositionsvertrags« (1998 bis 2002) wird in Tschechien eine »Große Koalition« weitgehend abgelehnt. Beim »Oppositionsvertrag« handelte es sich jedoch nicht um eine formale Koalition, sondern um ein Stillhalteabkommen zwischen der sozialdemokratischen Regierung und der bürgerdemokratischen Opposition, das die Lähmung der parlamentarischen Opposition zum Ziel hatte. Die Zeit war eine Hochphase der Korruption und Vetternwirtschaft.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2010 DGAP